

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda



Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Hauptpostamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich Man. G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassette Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbjährlich 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Verleger: Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsbedingungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., drückbare Anzeigen 8 Pfg., im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 53

Sonntag, den 3. März 1929.

84. Jahrgang

Tageschau.

Die Bemühungen des Reichskanzlers Müller, eine Regierung auf der Grundlage der Großen Koalition zu bilden, sind endgültig gescheitert.

Der Reichstag überwiegt in seiner Sitzung am Freitag die völksparteilichen Reformentwürfe dem Rechtsausschuss und vertagte sich bis 13. März.

Die Pariser Presse führt einen heftigen Kampf gegen Dr. Scholz wegen dessen Haltung im Sachverständigenausschuss.

In Spanien ist eine neue Aufstandsbewegung ausgebrochen, deren Hauptgebiet in Barcelona ist.

Ein Dorf in Kroatien war infolge der tiefen Schneefälle seit einem Monat von der Außenwelt abgeschnitten. Am Donnerstag gelang es, bis zu dem Dorfe vorzudringen. Von den völlig erschöpften Dorfbewohnern waren 25 bereits verhungert.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Krisen und Reformgedanken.

Die Betrachtung der innerpolitischen Vorgänge dieser Woche ohne festgelegte Reichsregierung steht im Zeichen des als verpöblich überall anerkannten Parlamentarismus. Politiker auch der Demokraten können an dem allgemeinen Uebelstand unseres politischen Lebens der Gegenwart nicht vorbeigehen, ohne die Zustände in scharfer und mitunter sehr zutreffender Weise zu kritisieren. Die Schlagworte zur Kennzeichnung der Uebelstände tauchen auf, beleuchten wohl, was dem deutschen Volke nicht mehr zu verbergen möglich ist, aber eines vermögen sie nicht, nämlich Wege aus der Wirrnis des „Parteilismus“ zu weisen. Kein Geringerer als der Reichsaußenminister Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, hat den Niedergang des Parlamentarismus in ausdrücklicher und nicht nur rethorisch überzeugender Weise geschildert. Daß diese Schilderung gerade zu einer Zeit zu beeindrucken suchte, da höchste Uneinigkeit im völksparteilichen Lager herrschte, hat mit der Tatsache nichts zu tun, daß die Schilderung selbst durchaus richtig war. Es handelt sich also auch hier wieder um die Ruhanwendung aus klaren Erkenntnissen, und man wird die nächste Zeit abwarten müssen, wie es mit dem Ende einer endlich anderen und besseren Innenpolitik im Deutschen Reiche sein wird. Eine Innenpolitik, die, so heißt es schon seit Jahren, einzig und allein in der Sammlung deutscher Kräfte zu gemeinsamem Ziel streben, Rückgrat geben kann zur Belebung unserer Außenpolitik, die ebenfalls schon seit Jahren stagniert, wenn nicht gar rückwärts läuft. Eine Außenpolitik hinwiederum, deren letzter Sinn ja nur die Freiheit des Vaterlandes sein kann, wie es in seiner Rede zum Gedanken an die deutschen Heiden des Weltkrieges der ehemalige Reichswehrminister Gehler im Reichstage so erhabend als Schwurwort aussprach.

Daß die innerpolitischen Krisen, ihren Ursprung habend im Parteilismus, uns niemals national in Schwung bringen können, daß infolgedessen keine staatsaufbauende Arbeit durch eine von eben diesem Parteilismus abhängige Reichsregierung geleistet werden kann, das ist uns nun auch klar und offen durch Stresemann gesagt worden. Vielleicht auch, daß der Rücktritt des Zentrumsabgeordneten Lammer, bekanntlich der Schwerindustrie in der zentrumslichen Reichstagsfraktion, vom politischen Leben seinen Ursprung in denselben Verhängnissen hat, die von Stresemann einst weisen nur geahnt wurden und hoffentlich gebessert werden! Würde man den Entschluß Lammer's rein parteipolitisch erfassen, so könnte man sofort eine heftige Klage gegen das Zentrum loslassen, von dem es ja heißt, daß es gerade die Dinge gern eigenpolitisch macht, die man rechts von ihm richtig parlamentarische Verhängnisse nennt. Aber das hat ja schließlich keinen Sinn, solange nicht grundlegende Reformen zu einem radikalen Gesundungsprozeß hinführen. Schon das Beispiel des Ausschließens Lammer's, der immerhin „wer“ war, wirkt ein großes Schlaglicht auf den Gedanken des Persönlichkeitswertes, den Stresemann bei seiner großen Rede in die politische Debatte warf. Wir haben das Persönlichkeitswertverachtende System, und es geschieht, daß als Nachfolger Lammer's eine Frau in den Reichstag einzieht, die wir als solche zwar höchlich begrüßen, von der aber niemand im weiten Zentrum, noch weniger im großen deutschen Vaterlande, eine Ahnung hat. Es ist wieder recht klug geworden um die Wahlrechtsreform, doch sollte man sie gerade zum Vorteil der politischen Persönlichkeit und der wieder engen Verbundenheit des Politikers mit dem Volke nicht vergessen.

Möglich, daß dann ein stärker geprägtes Verantwortungsgefühl — da die Kontrolle von unten dann wieder unmittelbarer wirksam würde! — manche Krise überflüssig macht, um die sich heute die Parteien quälen. Mit kleinen

Reformen dem Unwesen des „Parteilismus“ beizukommen, ist dagegen verfehltes Bemühen. Das soll man sich überall im Lager der Parteien sagen, wo man sich aus teilweise nur zu egoistischen Gründen davor scheut, einer durchgreifenden Reichsreform den Nachdruck zu verleihen, der in den nächsten Monaten vielleicht schon zwangsläufig wird. Selbstverständlich hat die Deutsche Volkspartei in jeder Weise recht, wenn sie es dem Reichstag unterbinden will, aus irgend einer Laune heraus eine Regierung zu stürzen. Dennoch ist das nur Fiktion, wird Krisen niemals beheben, sondern kann — zumal bei dem Dualismus zwischen Reich und Preußen, — nur dazu führen, daß Krisen unter der Oberfläche um so ernster und gefährlicher werden und daß ein Kabinett in Wirklichkeit schon aus dem Sattel gelassen ist, was da meint, auf dem Rücken der Duldbarkeit unserer Parlamentarier noch gut zu reiten. Der Gedanke, ein Kabinett nur mit Zweidrittelmehrheit zu stürzen, hat gewiß etwas Bestechendes und ist von dem Augenblicke an richtig, wenn es sich um eine Fachregierung wirklicher staatspolitischer Köpfe handelt. Wer aber hat einen Vorteil davon, schwache Kräfte gegen den Willen des Parlaments zu schützen? Und welcher Parteiminister wird gegen den ausdrücklichen Willen seiner Fraktion in der Regierung bleiben? Das Parlament hätte also den Zwang der Zweidrittelmehrheit, aber über einen Reichstag hinaus können die Fraktionen von sich aus jede parlamentarische Regierung zur Minute hinwegjagen. Es käme also das, was gerade in diesen Tagen verhindert werden sollte und was auch Stresemann nicht will: die Uebermacht der Fraktionen!

Und schließlich würden bei dem System ausgerechnet die Sozialdemokraten die Unmöglichen. Soll sich soweit bürgerliche Taktik verrennen? Soll diese Korrektur im Kleinen das staatspolitische Leben Deutschlands, bereits unter den Nullpunkt gesunken, wieder flottmachen? Wenn schon die Notwendigkeit einer Reichsreform erkannt wird, dann ganze Arbeit, ganzer Mut und ganze Verantwortung. Wer unbefürchtet voranschreitet, hat als über die Parteien hinausstrebender Führer das sehnsüchtige deutsche Volk hinter sich!

Mahrauns neue Wege.

Die „volksnationale Aktion“.

Berlin, 1. März. Der Jungdeutsche Orden plant eine volksnationale Aktion im Sinne einer Reform des jetzigen politischen Lebens. Um diese in die Wege zu leiten, hat er an eine Reihe von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft Einladungen gerichtet, um die Gründung eines Ausschusses zu ermöglichen, der diese volksnationale Aktion einleiten soll. Der Jungdeutsche Orden will seine Kräfte diesem Ziel dienlich machen. Verlangt wird, daß gewisse Ziele berücksichtigt werden, in denen der Jungdeutsche Orden Zwischenstufen zu seinem Ideal eines regional gegliederten Staates sieht. Die außerhalb des Jungdeutschen Ordens mitwirkenden Persönlichkeiten und Organe sollen sich lediglich auf diese Zwischenstufe verpflichten. Eines der wichtigsten Zwischenziele ist die Reform des Wahlrechts. Hier erstrebt der Jungdeutsche Orden den Einmannwahlkreis. Weitere Punkte sind: Entlastung des Reichstages durch Ausbau des Reichswirtschaftsrates, Einschränkung der Parteieinflüsse auf den Reichstag, Neugliederung des Reiches zum Zweck der Ausgabenverminderung. Um zu diesem Ziel zu kommen, will der Jungdeutsche Orden jetzt — und damit stellt er sich in einen Gegensatz zu seiner früheren Haltung — eventuell auch parlamentarische Parteien im nächsten Wahlkampf unterstützen und seine Anhänger in das Parlament entsenden. Dem Jungdeutschen Orden schwebt dabei vor allem ein Staat vor, in dem nur die Gemeindevertreter durch direkte Wahl von den Bürgern gewählt werden. Diese Gemeindevertreter wählen dann wiederum die übergeordneten Bezirks-, diese wieder die Provinzvertreter. Die Provinzvertreter ihrerseits wählen die Landesvertretung, während die Landesvertretung das Reichsparlament wählt. Die volksnationale Aktion soll im Frühjahr durch große Kundgebungen eingeleitet werden.

Diese sogenannten Zwischenziele des Jungdeutschen Ordens stellen eigentlich nichts Neues dar, sie sind ausgemusterte Bestandteile des politischen Arsenal. Würde eine Rechtspartei es wagen, sie wieder hervorzuholen, so würde sie als „reaktionär“ gebrandmarkt werden. Auch im Jungdeutschen Orden selbst hat man bisher, wie die Salzbergparlamentarier in Bischofswerda am 6. Februar gezeigt hat, Gefahr, mit Anschauungen, die längst nicht so weit gingen,

wie die heutigen Ziele des Jungdeutschen Ordens, als „reaktionär“ und in veralteten Vorkriegsanschauungen befangen“ abgelehnt zu werden.

Der Einmannwahlkreis war bekanntlich ein Bestandteil der Bismarckschen Reichsverfassung und erst Weimar hat uns mit der Listenwahl beglückt. Also zurück zu Bismarck! Die Forderung der Abschaffung der Listenwahl ist heute eine so allgemeine, daß sie am meisten Anklang finden wird. Nun will der Jungdeutsche Orden die direkte Wahl nur für die Gemeinbewählten gelten lassen und für alle übergeordneten Parlamente bis zum Reichstag die indirekte Wahl, also die Wahlmännerwahl, so ungefähr wie unsere Großwähler schon wählten, wieder einführen. Unbestreitbar eine radikale Lösung der parlamentarischen Frage! Zurück zum bewährten Alten, nur mit dem Unterschied, daß diese Wahlmännerwahlen kein Klassenwahlrecht darstellen, wie das frühere preussische und alte sächsische Wahlrecht. Auch dieses Ziel wird zweifellos viel Freunde finden. Die weiter geforderte Neugliederung des Reiches wird schon lange angestrebt. Zu ihrer Durchführung hat sich bereits vor Jahresfrist ein großer Bund unter Führung des Reichskanzlers Dr. Luther gegründet.

Ein vollständig neues Ziel für die Anhänger des Ordens ist die Teilnahme am Wahlkampf und am parlamentarischen Leben. Noch vor kurzer Zeit prägte Mahraun das Schlagwort „Wahlprotestantismus“ und proklamierte die Wahlenthaltung als das geeignetste Mittel zur Reform des Parlamentarismus. Nun hat man, wie sich zeigt, radikal umgelernt. Man möchte diesen Teil der Meinung fast für unrichtig halten, denn der Orden gibt mit dem Eintritt in den Parteikampf einen seiner bewährtesten Grundsätze auf. Mahraun wird am Montag in einer Versammlung in Berlin öffentlich sprechen. Man wird dann hören, was an der obigen Meinung richtig und was unrichtig ist.

Die Große Koalition endgültig gescheitert.

Berlin, 1. März. Die gemeinsame Parteiführerbefragung beim Reichskanzler Müller, die die Bildung der Großen Koalition zum Ziele hatte, ist ergebnislos verlaufen. Der Reichskanzler hatte den Parteiführern einen formulierten Vorschlag unterbreitet, der im wesentlichen folgendes betraf:

1. Die Parteien, die die Regierung unterstützen wollen, sollen sofort eine koalitionsmäßige Bindung eingehen.
2. Es soll danach sofort eine Verständigung über den Etat und die Deckungsvorlagen herbeigeführt werden, wobei den Parteien weitestgehende Freiheit namentlich hinsichtlich der Steuervorlagen gewährt werden soll.
3. Es soll ein politischer Ausschuss zur Besprechung der allgemeinen politischen Fragen eingesetzt werden, der jeweils auf Antrag des Reichskanzlers zusammentritt.
4. Es wird ein Finanzpolitischer Ausschuss eingesetzt, der die Steuerfragen behandeln soll und seine Arbeiten sofort aufnimmt.

Dieser Vorschlag wurde von dem Führer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Dr. Scholz, abgelehnt, der im Gegensatz dazu eine Einigung über die Deckung des Etats ohne neue Steuern verlangte, ehe eine feste Regierungskoalition gebildet werde. Die Steuerfragen selbst wurden in der Besprechung nicht berührt.

In einem amtlichen Kommuniqué heißt es dann: Der Reichskanzler mußte am Schluß der Aussprache feststellen, daß der Versuch zur Schaffung der Großen Koalition im Reich zur Zeit als gescheitert anzusehen sei, und er nun weitere Schritte nach dieser Richtung nicht mehr unternehmen werde. Die Reichsregierung werde, wie bisher, gegenüber den Parteien, die sie nicht unterstützen können, ihre ablehnende Haltung auf alle Konsequenzen hin klar zum Ausdruck bringen. Der Reichskanzler wird dem Herrn Reichspräsidenten über den Ausgang der Verhandlungen Bericht erstatten.

Kein Rücktritt der Reichsregierung.

Das Scheitern der Bemühungen des Kanzlers wird dem Rücktritt der Reichsregierung nicht zur Folge haben. Die jetzige Regierung wird den Etat vor dem Reichstagsplenum vertreten.

Ein offener Brief des Reichsministers a. D. Rülz.

Reichsminister Rülz hat einen offenen Brief an den Reichskanzler gerichtet, in dem er ihn auffordert, ein Ministerium, eventuell unter Heranziehung von Reichsparlamentariern, zu bilden, und mit ihm vor dem Reichstag zu treten